

## Pressemitteilung

Nr. 171/2011

Kiel, den 16.12.2011

*Pressesprecher Lars Erik Bethge, Tel. 0431-988 1383*

### SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

Informationsfreiheit:

## Schleswig-Holstein ist nur noch Mittelmaß

*Der Landtag hat heute mit den Stimmen von CDU und FDP ein neues*

*Informationszugangsgesetz beschlossen, das das bisherige*

*Informationsfreiheitsgesetz und das Umweltinformationsgesetz vereint. Hierzu*

*erklärt die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, **Anke Spoorendonk**:*

„Dies ist ein schwarzer Tag für die offene Gesellschaft. Mit dem Informationszugangsgesetz geben die CDU und die FDP nicht nur wesentliche bürgerfreundliche Regelungen in den bestehenden Gesetzen auf, sie verpassen auch die Chance, das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf den Zugang zu öffentlichen Informationen zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Zu einer modernen aktiven Informationspolitik hätte unter anderem gehört, dass Behörden Informationen über Verwaltungsvorgänge von sich aus im Internet zur Verfügung stellen, wie es in Skandinavien längst Gang und Gäbe

ist, und dass Kabinettsvorlagen nicht für immer und ewig als Verschlussache behandelt werden. Dazu hat Schwarz-Gelb aber weder den Mut noch den Willen gehabt.

Mit seinem Informationsfreiheitsgesetz von 2000 spielte Schleswig-Holstein in der ersten Liga, wenn es um Transparenz von Politik und Verwaltung ging. Seit heute ist unser Land nur noch Mittelmaß. Der SSW wird sich in den kommenden Jahren dafür stark machen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Einblick in staatliches Handeln und staatliche Akten bekommen, denn Informationsfreiheit ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil einer modernen Gesellschaft. Ein möglichst gläserner Staat ist auch die beste Methode, das Vertrauen der Menschen in staatliche Entscheidungsprozesse zu stärken und ihre demokratische Teilhabe zu fördern.“